

Brennpunktlandung

Die Bildungsministerin will Geld in Schulstandorte pumpen, die es schwer haben. Eine sehr gute Idee – wenn sie nicht an den Ländern scheitert.

VON EDITH MEINHART

Lisa, 8, besucht eine Volksschule in Niederösterreich. Ihre Mutter hat Matura und leitet die Filiale eines Lebensmittelhändlers. Man muss keine Glaskugel besitzen, um vorherzusagen, dass das Mädchen die vierte Klasse respektabel abschließen wird. Ihr Risiko, etwa in Deutsch zu scheitern, beträgt acht Prozent.

Jasmin geht in dieselbe Klasse. Für sie schaut es nicht gut aus. Ihre Eltern haben nur die Pflichtschule geschafft; ihr Vater ist Leiharbeiter in einer Konservenfabrik. In der Familie wird türkisch geredet. Jasmins Risiko, in der vierten Klasse Gelesenes nicht zu verstehen, beträgt 45 Prozent.

Noch schlechter wären die Aussichten, befände sich die Volksschule an einem städtischen Brennpunkt: Lisas Risiko für sogenannte Kompetenzarmut läge dann nicht bei acht, sondern bei 25 Prozent; im Falle von Jasmin sogar bei 80 Prozent. Alles andere als ein Misserfolg wäre im Fall des türkischen Mädchens eine Überraschung.

Das ist Statistik, nicht das wahre Leben. Aber sie zeigt, wie unfair es zugeht. Kaum ein anderes Land in Europa gibt pro Schülerin und Schüler so viel aus wie Österreich. Doch das heimische Bildungswesen schafft es nicht, schlechte Startbedingungen wettzumachen. 14-Jährige, deren Eltern einen niedrigen Bildungsabschluss haben, fallen nach acht Jahren gegenüber Akademikerkindern beim Lernstoff um fast drei Jahre zurück.

In Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern wächst jedes zweite Kind mit Eltern auf, die nur eine Pflichtschule besucht haben, beruflich eine niedrige Stellung einnehmen oder im Alltag nicht Deutsch sprechen. Sie sind die geborenen Risikoschüler. Oft landen sie auch noch in einer Brennpunktschule. Laut Bildungsforschungsinstitut Bifie besucht jeder sechste Volksschüler eine „belastete“ Schule und hat allein deshalb schlechtere Chancen. In Wien sind es 51 Prozent.

Bildungsministerin Sonja Hammer Schmid ist nicht die Erste, die diese Ungerechtigkeiten nicht hinnehmen will. Und sie hat berechtigten Grund zur Hoffnung: Bundeskanzler Christian Kern hat

profiltest:

Kreuzen Sie die richtige Antwort an:

1. Wie viele Kinder von Akademikern erreichen auch einen Uni-Abschluss?

- | | |
|---------------------------------|---------------------------------|
| ☐ a) 19% | ☐ c) 54% |
| ☐ b) 36% | ☐ d) 61% |

2. Wie viele Kinder schaffen es an die Uni, wenn ihre Eltern nur eine Pflichtschule abgeschlossen haben?

- | | |
|---------------------------------|---------------------------------|
| ☐ a) 6% | ☐ c) 29% |
| ☐ b) 11% | ☐ d) 37% |

3. Wie viele der heimischen AHS (Unterstufe) haben einen dringenden Förderbedarf?

- | | |
|-----------------------------------|------------------------------------|
| ☐ a) 3,06% | ☐ c) 8,50% |
| ☐ b) 7,86% | ☐ d) 22,20% |

Wie viele sind es bei den Neuen Mittelschulen (NMS)?

- | | |
|-----------------------------------|------------------------------------|
| ☐ a) 4,39% | ☐ c) 8,45% |
| ☐ b) 6,42% | ☐ d) 21,40% |

4. Wie viele Schüler und Schülerinnen kommen in den Volksschulen im Burgenland auf eine Lehrperson?

- | | |
|----------------------------------|----------------------------------|
| ☐ a) 10,9 | ☐ c) 12,1 |
| ☐ b) 11,8 | ☐ d) 13,1 |

Wie viele sind es in Wien?

- | | |
|----------------------------------|----------------------------------|
| ☐ a) 10,9 | ☐ c) 12,1 |
| ☐ b) 11,8 | ☐ d) 13,1 |

5. Wie viele Volksschulen gibt es in ganz Österreich, wo weniger als zehn Kinder in einer Klasse sitzen?

- | | |
|--------------------------------|---------------------------------|
| ☐ a) 19 | ☐ c) 93 |
| ☐ b) 26 | ☐ d) 178 |

6. Welches Bundesland führt die Liste der kleinen Volksschulen an?

- | | |
|--|--------------------------------------|
| ☐ a) Burgenland | ☐ c) Tirol |
| ☐ b) Kärnten | ☐ d) Salzburg |

die richtigen
Antworten:
1. c)
2. a)
3. a)
4. d)
5. d)
6. c)

Quellen: Altzinger, Lamei et al. / Interregionale soziale Mobilität in Österreich (2013); Arbeiterkammer; Statistik Austria (2013);

„17 Prozent der heimischen Volksschulen haben dringenden Förderbedarf.“

Gabriele Schmid, Arbeiterkammer

te in seinem Anfang des Jahres in Wels referierten Plan A einen „Chancenindex“ aufs Tapet gebracht. Historisch betrachtet handelt es sich dabei um einen Plan B. Bildungsexperten entwickelten einen Sozialindex, nachdem in den USA das „busing“ gescheitert war. In den 1970er-Jahren hatte man Kinder aus armen Stadtvierteln jeden Tag mit Schulbussen in reiche Bezirke gebracht, um Chancengleichheit zu fördern. Doch die weiße Mittelschicht spielte nicht mit und suchte das Weite. In den Ballungsräumen blieben „schwarze“ Schulen zurück.

Die Erfahrung führte zu einem Umdenken. Künftig sollten nicht mehr Kinder, sondern finanzielle Mittel in Bahnen gelenkt werden. Die Niederlande und Kanada gingen voran. Inzwischen halten laut „Education and Training Monitor“ 20 von 28 EU-Mitgliedsländern zusätzliche Ressourcen für schwierige Standorte parat.

Wie sind die Belastungen zu messen? Mit welchen Beträgen werden sie entgolten? Wer wacht darüber, dass die Mittel sinnvoll verwendet werden? Johann Bacher, Professor für Soziologie an der Johannes Kepler Universität in Linz, war einer der Ersten in Österreich, die sich darüber den Kopf zerbrachen. Er veröffentlichte ein Modell, in dem Schulen, die kaum benachteiligte Kinder haben, einen Index von 100 erhalten. Mehr Punkte – und auch mehr Geld – gibt es, wenn viele Kinder aus bildungsfernen Haushalten kommen, Migrationshintergrund haben und zu Hause nicht Deutsch sprechen.

Derzeit fließt ein Großteil des Sechs-Milliarden-Euro-Budgets je nach Schultyp und Klassenzahl an die Länder. Für Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderungsbedarf (SPF) bekommen sie zusätzliche Mittel. Armut oder Migration sind keine Kriterien. Das benachteiligt Schulen, in denen Kinder ohne Frühstück in den Unterricht kommen, das Gros der Eltern sich mit Sozialhilfe durchkämpft und viel an Gewalt und sozialen Härten zu bewältigen ist.

Die Arbeiterkammer adaptierte den von Bacher entwickelten Sozialindex. In ihrem Modell fallen Volksschulen, Neue Mittelschule (NMS) und AHS in sieben

verschiedene Cluster: 1 steht für die Schulen der gebildeten Mittelschicht. Ihre Kinder kommen entweder prächtig alleine zurecht oder erhalten jede nur erdenkliche Unterstützung, wenn es irgendwo hapert. In den Kategorien 5 bis 7 sammeln sich die Problemfälle.

„17 Prozent der heimischen Volksschulen haben dringenden Förderbedarf“, sagt Gabriele Schmid, Leiterin der Bildungsabteilung der Arbeiterkammer. Sie finden sich – wenig überraschend – fast ausschließlich in Ballungsräumen. Eine indexbasierte Finanzierung würde diese Standorte aufwerten und Mittel von den Bundesländern nach Wien umschichten, aber auch vom Land in die Städte.

Die Angst ist groß, dass es bei der Verlagerung der Gewichte Verlierer geben könnte. „Das Modell hat nur eine Chance, wenn niemandem etwas weggenommen wird und Akademikerkinder nicht gegen benachteiligte Kinder ausgespielt werden“, sagt der Bildungsaktivist und Ex-Lehrer Daniel Landau. Ohne zusätzliches Geld und ein breites Einverständnis, dass die Nachteile von Brennpunktschulen ausgeglichen werden müssen, wird es nicht gehen. Vermutlich lassen sich die Mittel leichter aufreiben als der Konsens. „Es ist Eltern schwer begreiflich zu machen, dass es nicht reicht, wenn es ihrem Kind gut geht. Wenn daneben viele andere scheitern, keine Arbeit finden, Unternehmen weggehen, hat das eigene Kind auch nicht so viel von seinen schulischen Erfolgen“, sagt Bildungsforscherin Christiane Spiel.

Nicht nur am Neid, auch an den Ländern, die um ihre Ermessensspielräume fürchten, könnte das Vorhaben zerschellen. Fritz Enzenhofer, Landesschulrat in Oberösterreich, sagt: „Wir haben Indikatoren für die Mittelverteilung, sie sind nachvollziehbar und treffsicher. Wer immer im Ministerium am Rechenschieber sitzt, kann den Bedarf sicher nicht besser einschätzen als wir vor Ort.“ Konflikte sind programmiert, etwa wenn es gilt, unrentable Standorte zu schließen. Schulexperten halten Standorte mit 300 Schülern für sinnvoll. Im Burgenland geht ein Drittel der Kinder in eine Volksschule mit weniger als 25 Schülern. Schulen zuzusperren, ist praktisch unmöglich. Im ländli-

chen Raum verschwanden in den vergangenen Jahrzehnten Greißler, Gendarmerieposten, Gasthäuser, Apotheken und Postfilialen, nun will man wenigstens die Volksschule halten.

Die Bildungsministerin muss sich für den Anfang mit kleinen Schritten bescheiden. Nach der Flüchtlingsbewegung des Jahres 2015 füllte die Regierung einen Integrationstopf. Im Vorjahr standen 40 Millionen Euro bereit, heuer sind es 80 Millionen. Das für Sprachförderung gedachte Geld wird erstmals nach sozioökonomischen Kriterien vergeben. Die ersten Versuche waren von kleinen Pannen begleitet. So durfte sich etwa Lisa Junior, eine feine, private Volksschule in Linz, über mehr Stunden freuen, weil das Gros der Kinder zu Hause nicht deutsch spricht. Allerdings sind ihre Eltern durchwegs keine sozial schwachen Einwanderer, sondern leitende Angestellte, Manager und Forscher.

Prompt fühlen sich Kritiker bestätigt, dass „die Bürokraten in Wien“ die Lage vor Ort nicht ermessen können. Für Bildungsforscherin Spiel hingegen bestätigt sich, „was alle Studien zeigen: Der Faktor Bildung der Eltern ist stärker zu gewichten als der Faktor Migration“. Mit dieser Botschaft bleibt sie eine Ruferin in der Wüste. So fühlt sich manchmal auch Herzog-Punzenberger, Bildungsforscherin an der Johannes Kepler Universität in Linz. Bei Weiterbildungsveranstaltungen mache sie die „irritierende Erfahrung, dass Lehrerinnen und Lehrer – mit sehr wenigen Ausnahmen – überzeugt sind davon, dass alles gut wird, wenn die Kinder nur deutsch sprechen. Mit empirischen Befunden, die belegen, dass die soziale Herkunft wesentlicher ist, dringt man schwer durch.“

Den Sprung vom Plan A des Kanzlers ins neue Regierungsprogramm hatte der Chancenindex nicht geschafft. Sollte seine Stunde irgendwann schlagen, darf man sich davon freilich auch keine Wunder erwarten. Das lehren Erfahrungen aus anderen Ländern: Wenn Schulleiter keine Ideen und kein Feuer haben, kann man in ihre Schule noch so viel frisches Geld pumpen, es wird wirkungslos versickern. ■